

Arbeitstagung zum 25jährigen Bestehen des SOFI

Das Soziologische Forschungsinstitut (SOFI) an der Universität Göttingen feierte vom 12. bis 14. Januar 1995 sein 25jähriges Bestehen mit einer Arbeitstagung zum Thema "Gesellschaft im Übergang - Beiträge zu einer anderen Standortdebatte". Rund 300 Wissenschaftler, Politiker, Industriemanager und Gewerkschaftler waren nach Göttingen gekommen, um auf der Grundlage von Forschungsergebnissen des Instituts über aktuelle Probleme der Industriegesellschaft zu diskutieren.

Seit seiner Gründung im Jahre 1969 hat das SOFI die Entwicklung der bundesrepublikanischen Gesellschaft mit einer stattlichen Reihe von Projekten zur Industrie-, Arbeits- und Bildungssoziologie begleitet, die ihm den Ruf eines der Zentren empirischer Sozialforschung in Deutschland eingetragen haben. Es verfolgte dabei von Anfang an den Anspruch einer kritischen Industrie-soziologie in praktischer Absicht: "Mit unserer Forschung nicht im praxisfernen Elfenbeinturm zu verharren, sondern durch möglichst vielfältige empirische Arbeit dazu beizutragen, neue gesellschaftliche Probleme aufzudecken, theoretisch tragfähige Erklärungen zu geben, damit zu informieren und aufzuklären; mitzuarbeiten also an einer 'richtigen' Sicht der Gesellschaft, und über diese auch an einer 'richtigen' Gesellschaft", so Prof. Dr. Michael Schumann, geschäftsführender Direktor des SOFI, am Eröffnungstag in der Aula am Wilhelmsplatz.

Schumann verwies, "in aller Bescheidenheit", auch auf die finanzielle Seite: "Seit 1970 haben wir 52 Mill. DM Drittmittel überwiegend von Einrichtungen der Forschungsförderung und der öffentlichen Hand eingeworben - dem stehen in diesem Zeitraum nur 12 Mill. DM Landesbezuschussung entgegen. Manche staatliche Innovationsförderung muß sich mit schmaleren Erfolgsquoten zufrieden geben. Forschung kann also nicht nur inhaltlich, sondern ganz krude finanziell etwas bringen

in Erweiterung von personeller und infrastruktureller Forschungskapazität für das Land."

Universitätspräsident Prof. Dr. Hans-Ludwig Schreiber, Ministerpräsident Gerhard Schröder, Prof. Dr. Burkhard Lutz als Vertreter der Deutschen Gesellschaft für Soziologie und Prof. Dr. Hans-Georg Herrlitz, Prodekan des wissenschaftlichen Fachbereichs, richteten Grußworte an die Tagungsteilnehmer. Die kritische Sozialwissenschaft, so Schröder, habe sich mit dem SOFI einen Platz erkämpft, der heute unbestritten sei. Das Institut habe sich immer auch als "gesellschaftliches Kontrollinstrument" verstanden. Die Politik sei auch auf solche Daten und solche Kritik angewiesen, auch wenn es manchmal nicht leicht sei, damit umzugehen.

In seinem Eröffnungsvortrag "Übergänge wohin? Vernachlässigte Aspekte der Standortdebatte", umriß Prof. Dr. Martin Baethge (SOFI) zentrale Dimensionen der Tagungsproblematik. Die bisherige Diskussion zur Standortsicherung verfehle mit ihrer Verengung auf Forderungen nach Deregulierung, Beschneidung sozialstaatlicher Leistungen und Reduzierung der Lohnkosten Komplexität und Tragweite der industriellen Umbruchsituation. Im Kontext des globalen Wettbewerbs gehe es um einen neuen Typ von Innovation in Erschließung neuer Märkte für noch zu entwickelnde Produkte und Dienstleistungsangebote sowie in neuen Verfahrensweisen. Innovationsstrategien dieses Typs seien offen, risikoreich und in ihren Erfolgsaussichten unbestimmt. Sie verlangten über die Betriebe hinaus grundlegende Umgestaltungen in den mentalen Orientierungen und im institutionellen Umfeld, damit auch der staatlichen Wissenschafts-, Forschungs-, Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik. Ein solches gesellschaftliches Projekt innovationsorientierter Modernisierung schaffe durch Auflösung bzw. Verdünnung gewohnter Institutionen Unsicherheiten und neue Konfliktlagen. Es zeichne sich ein neuartiges Spannungsverhältnis zwischen Innovati-

vität und Sozialität ab, dem auch die Betriebe unterworfen sind. Die erforderlichen organisatorischen Umgestaltungen und mentalen Umorientierungen zur Überwindung von Innovationshemmnissen seien hier nur zu erreichen, wenn man für den Wegfall von Statussicherheit, Macht und Aufstiegsversprechen soziale Kompensate anbieten könne. Und noch viel schwerer sei das Spannungsverhältnis auf der gesamtgesellschaftlichen Ebene zu bewältigen, weil es nicht vorrangig einen Konflikt um materielle Umverteilung betreffe, sondern ein von vielfältigen sozialen Interessen durchkreuztes Konfliktbündel zwischen Kompetenz und weniger Kompetenz, zwischen einzelbetrieblicher Effizienz oder sogar nationalstaatlichen Wachstums- und Beschäftigungsinteressen und ökologischer Vernunft.

Schwerpunkte der Standortproblematik wurden auf der Tagung in vier Arbeitssitzungen behandelt:

1. Zunächst standen die arbeitsmarktpolitischen Lehren aus dem Transformationsprozeß in Ostdeutschland auf dem Prüfstand. Die Förderung der individuellen beruflichen Mobilität gehörte als Zentrum aktiver Arbeitsmarktpolitik zum Kernbestand der Steuerung des ökonomischen Wandels. Bereits in der Arbeitsmarktkrise der 80er Jahre waren Defizite des Arbeitsförderungsgesetzes spürbar geworden. Trotzdem wurde es zum zentralen Instrument der Transformation der Beschäftigtenstruktur in den neuen Bundesländern gemacht. Die These von Dr. Gabriele Andretta (SOFI) zur Wirkungsweise der Arbeitsförderungs politik in diesem Prozeß: Die Art, wie die Mittel der Arbeitsförderung die transformationsspezifischen Problemlagen verfehlten, macht deren grundlegende Schwächen für die Bewältigung gegenwärtiger Krisen sichtbar; generell stehe das Modell gesellschaftlicher Partizipation und Integration, der Sozialstaat sozialdemokratischer Provenienz, auf dem Spiel. Teilnehmer der Podiumsdiskussion: Dr. Karin Benz-Overhage (IG Metall Frankfurt), Prof. Gerhard Bosch (Gelsenkirchen), Prof. Friedrich Buttler (Potsdam), Harald Richter (Bayer AG, Leverkusen), Olaf Sund (Potsdam); Moderation: Prof. Ludwig von Friedeburg (Frankfurt).

2. Das zweite Diskussionsthema hieß "Wandel des deutschen Produktionsmodells: Beschleunigen oder umsteuern?" Neue Produktionskonzepte schienen in den 80er Jahren den Beginn einer erfolgreichen Anpassung an veränderte Rahmenbedingungen zu signalisieren. Die gegenwärtige Strukturkrise kam deswegen eher unerwartet. Die aktuellen Schwierigkeiten, so die These von Volker Wittke (SOFI), gingen nicht allein darauf zurück, daß der richtige Weg neu konzipierter betrieblicher Rationalisierung nur zu zögerlich beschritten wurde. Sie erwüchsen auch daraus, daß heute zusätzliche Probleme zur Lösung anstünden. Die deutschen Hersteller hätten bei ihrer Wertschätzung von Qualität, Flexibilität und technischer Perfektion die strategische Bedeutung eines veränderten Innovationsverhaltens unterschätzt. Anders als in den 80er Jahren hänge deswegen heute der Weg industrieller Umstrukturierung nicht nur davon ab, wie bestehende Produktionen für existierende Märkte rationalisiert und reorganisiert werden könnten, sondern ganz wesentlich auch davon, welche Produkte zukünftig für welche Märkte entwickelt und dort auch durchgesetzt würden. Teilnehmer der Podiumsdiskussion: Hans-Jürgen Barte (IBM Sindelfingen), Prof. Frieder Naschold (Berlin), Frank Teichmüller (IG Metall Hamburg), Dr. Uwe Thomas (Wachtberg), Heiner Tropitzsch (Mercedes Benz AG, Stuttgart); Moderation: Prof. Michael Schumann (Göttingen).

3. Das dritte Thema lautete: "Nach dem Ende des Wachstumspaktes: Auf der Suche einer neuen Geschäftsgrundlage für industrielle Beziehungen". In den Beziehungen zwischen Unternehmen und Gewerkschaften bündeln sich Probleme, die mit den bekannten Mustern nicht mehr zu bewältigen sind. Zugleich werden neue Formen (Mitarbeiterbeteiligung, Dezentralisierung) sichtbar, deren Tragfähigkeit und institutionelle Bewältigung erst noch zu prüfen sind. Der traditionelle Wachstumspakt, so die These von Dr. Klaus Dörre (SOFI), der beiden Seiten Zugewinne geboten habe, müsse ein neues Äquivalent finden. Setze man auf ein aktives Modernisierungsbündnis mit den Beschäftigten, bedürfe es eines neu fundierten Kompromisses. Teilnehmer der Podiumsdiskussion: Erich Klemm (Merce-

des Benz AG, Sindelfingen), Dr. Friedrich-Wilhelm Siebel (Gesamtmetall Köln), Prof. Claus Offe (Bremen), Walter Riester (IG Metall Frankfurt), Dieter Schlenkermann (GETRAG Neuenstein); Moderation: Prof. Horst Kern (Göttingen).

4. Die abschließende Sitzung beschäftigte sich mit der Massenarbeitslosigkeit in Westeuropa und der Frage der Entstehung eines neuen "Underclass". Arbeitslosigkeit ist zum zentralen gesellschaftspolitischen Problem der 90er Jahre geworden. Sie droht auf hohem Niveau zu einer permanenten, vom wirtschaftlichen Zyklus relativ unabhängigen gesellschaftlichen Realität zu werden. In der Bundesrepublik, so die Aussage von Dr. Martin Kronauer (SOFI), zeichne sich eine neue soziale Spaltung ab zwischen denjenigen, die Zugang zur Erwerbsarbeit hätten und denen, die davon dauerhaft ausgeschlossen seien. Die vom Arbeitsamt Ausgegrenzten seien zwar weniger sichtbar als in anderen europäischen

Ländern. Es entstehe jedoch eine soziale Schicht der Dauerarbeitslosen, die es so seit dem Krieg bislang nicht gegeben habe. Diese neue Spaltungslinie habe weitreichende politische Folgen und verschärfe die Auseinandersetzung um die Zukunft des Sozialstaates. Die unterschiedlichen Ausdruckformen und Verlaufslinien von anhaltender Massenarbeitslosigkeit in Großbritannien, Italien und den Niederlanden wurden von Wissenschaftlern aus diesen Ländern dargestellt, Teilnehmer der Podiumsdiskussion: David Fryer (Stirling), Prof. Enrico Pugliese (Neapel), Dr. Jaap Timmer (Amsterdam), Prof. Ali Wacker (Hannover); Moderation: Prof. Ilona Ostner (Göttingen).

(Eine Dokumentation der Tagung mit sämtlichen Referaten und Diskussionsbeiträgen erscheint im Verlag Leske + Budrich, vgl. SOFI-Neuerscheinungen in diesem Heft.)